

Der Freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald / Erste Tageszeitung des Oberamts Neuenbürg

Amtsblatt für Wildbad

Erscheint Werktags

mit amtlicher Fremdenliste

Telephon Nr. 41



Nr. 21

Freitag den 21. Januar 1910

36. Jahrgang.

Eröffnung der württembergischen Landesversammlung.

Stuttgart, 23. Jan.

Um 4 1/4 Uhr eröffnet das drittälteste Mitglied der verfassungsgebenden Landesversammlung Ritter-Heilbrunn (die beiden ältesten Schol und Blos sind erkrankt) die Verhandlungen. Ich berufe als Schriftführer die Herren Staudenmayer und Locher.

Meine Damen und Herren! Unser Staatswesen ist in der Umwandlung begriffen. Es ist diese Versammlung nach einem neuen Recht gewählt worden. Die verfassungsgebende Landesversammlung ist ein persönliches Organ des Volkswillens und nimmt eine höhere Stellung ein als die bisherigen Volksvertretungen. In ihren Entschlüssen wird sie von niemand beeinflusst sie wird aber ihrer hohen Pflicht bewußt sein, das wirtschaftliche Wohlergehen unseres Volkes in erster Linie vor Augen zu behalten. Der Weltkrieg hat unserm Volksleben tiefe Wunden geschlagen und wir müssen bemüht sein, dem deutschen Volk wieder würdige Lebensverhältnisse zu schaffen. Dieses Ziel wollen wir entschlossen entgegenfeuern und ich wünsche, daß die auf die verfassungsgebende Landesversammlung gesetzten Hoffnungen sich voll erfüllen mögen.

Der Alterspräsident schlägt dann die Wahl des Präsidenten vor. Mit Ausnahme der Mitglieder Blos, Heilmann, Lieschitz, Rethel er, Schol und Huber ist das Haus vollzählig. Bei der Abstimmung sammelt die Abgeordnete Frau Müller-Payer in einem Hut die Stimmzettel. Mit 139 von 144 abgegebenen Stimmen wird Abg. Keil (Soz.) zum Präsidenten gewählt, der das Amt sofort übernimmt.

Prof. Keil dankt für das Vertrauen und verspricht die Verhandlungen unparteiisch zu leiten. Er bitte in seiner Amtsführung um die Unterstützung des Hauses. Es gelte, den vorläufigen Zustand in einen dauernden überzuführen und die neue Verfassung festzulegen, die allen Volksgenossen Gleichberechtigung bringe. Ein Zeichen dafür sei, daß zum ersten Mal in diesem Hause das weibliche Geschlecht eingetreten sei. Die Staatsgewalt müsse in wachsender Maße auch auf die wirtschaftlichen Verhältnisse des Volkes ordnend und ausgleichend einwirken und der gegenwärtige Zeitpunkt verlange gebieterisch eine durchgreifende Fürsorge der wirtschaftlich Schwachen. Wir werden unsere Blicke aber auch den Verhandlungen über den Frieden zuwenden müssen, nach dem wir uns sehnen.

Das undurchführbare sozialdemokratische Programm.

DPE. Der Kern des sozialdemokratischen Parteiprogramms ist die Forderung einer Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum. Jetzt sind die Sozialdemokraten im Besitz der politischen Macht und nun müssen sie erkennen, daß diese Frage ihres Programms gar nicht zu lösen ist. Auch der frühere Sozialdemokrat Richard Calwer führt ihnen dies in seiner Broschüre „Produktionspolitik zum Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft“ eindringlich zu Gemüte. Er bezeichne es als einen schweren Fehler, daß man das Programm nicht bei Zeiten in Einklang mit der besseren und tieferen Erkenntnis des Wirtschaftslebens gebracht hat. Calwer sieht nur eine Möglichkeit ein, den sozialdemokratischen Arbeitern begreiflich zu machen, daß die Verstaatlichung der Produktionsmittel nicht ohne weiteres durchzuführen werden kann. Im sozialdemokratischen Programm ist nämlich auch davon die Rede, daß seine Verwirklichung nur möglich ist, wenn „die Arbeiter aller Kulturländer gleichmäßig beteiligt sind“. Die Verstaatlichung der Produktionsmittel kann eben nicht national, sondern nur international durchgeführt werden. Daran ist gegenwärtig weniger zu denken, denn je. Schon hat sich die deutsche Regierung im Waffenstillstandsvertrag verpflichtet, keine Maßnahmen zu ergreifen, welche geeignet sind, den fiskalischen oder privatwirtschaftlichen Besitz in Deutschland in irgend einer Weise zu vermindern, woraus unvordenklich die Absicht der Feinde zu erkennen ist, sich zur Sicherung der Durchführung ihrer Forderungen an den staatlichen Besitz des Deutschen Reiches zu halten. Die Feinde werden sich verbänden lassen, was überhaupt nur in Betracht kommen kann. Und in diesem Moment sollte Deutschland daran gehen, das Staatsvermögen zu vermehren, die Kohlen- und Kali-Gruben, die Eisenhütten, die Großbetriebe der chemischen Industrie usw. aus dem Privateigentum in staatliches Eigentum überzuführen. „Nichts gelegeneres“, so sagt Calwer, „könnte den Feinden passieren: sie haben dann wenigstens staatliche Objekte in Deutschland, mit denen sie was anfangen läßt, aus denen sie sich aus Herzenslust verzehrt machen können für all das, was sie uns als Rechnung zu präsentieren gedenken.“ Darum, selbst wenn der Nutzen der Verstaatlichung angeblich reifer Industriezweige anerkannt werden könnte, so dürfen wir doch im Hinblick auf die zu befürchtenden Friedensbedingungen „um alles in der Welt steht nicht eine Vermehrung des staatlichen Eigentums betreiben, denn sie führt direkt zur Staatsklaverei im Dienste des Auslandes.“ Nach

untat von Calwer sollte deshalb die Sozialisierungs-Kommission ihre Arbeit einstellen, denn sie würde den Feinden einen Teil der wertvollsten Produktionsmittel Deutschlands auf dem Präsentierteller anbieten.“

Sozialdemokratische „Freiheit“.

DPE. Der Sozialdemokrat tritt für die Freiheit eifrig ein — in Worten. Soll er aber Freiheiten gewährleisten durch die Tat, so nimmt die Freiheit, wie er sie auffaßt, sich oft recht eigenartig aus. Er sagt dann: die Freiheit, die ich meine, besteht sich nur auf mich, nicht auf andere. Er fordert die Koalitionsfreiheit, aber nur für sich und seine Gesinnungsgenossen. Das haben wir so oft erlebt, daß es neuer Beweise eigentlich kaum bedarf. Einen besonders trassen Fall teilt jetzt der „Vote aus dem Riesengebirge“ aus dem Kreise Hirschberg mit: „In einer Fabrik sind ungefähr 2 Prozent der Arbeiter in der sogenannten Christlichen Gewerkschaft organisiert. Was tut der Arbeiterausschuß des Werkes? Er droht mit Streik, wenn die christlich organisierten nicht entlassen werden oder dem sozialdemokratischen Verbände beitreten. Es wird verhandelt. Erfolg: Erneutes Ultimatum des Arbeiterausschusses, daß die gesamte Arbeiterkraft sofort in den Ausstand tritt, wenn die christlich organisierten nicht in den sozialdemokratischen Verband übertreten oder entlassen werden.“ So nimmt sich die Koalitionsfreiheit in sozialdemokratischer Praxis aus. Der Sozialdemokrat fordert eben Freiheit nur für sich und seine Gesinnungsgenossen, aber Zwang, brutalksten Zwang für alle anderen. „Wer nicht pariert, sticht!“

Die Zusammensetzung der Nationalversammlung

DPE. Das deutsche Volk hat in seiner überwiegenden Mehrheit die Politik der Mehrheitsparteien des Reichstags gebilligt. Es wird davon abhängen, ob das Zentrum geschlossen demokratische Politik machen will, oder seinem feudalen Kitzel sich verstreut, welche Parteien die Regierung bilden werden. Die Zeiten sind vorüber, in denen auf die Dauer im deutschen Reich nicht gegen das Zentrum regiert werden konnte. Sozialdemokratie und Demokratie bilden eine absolute Mehrheit. Nützt das Zentrum seine Politik der letzten 1 1/2 Jahre weiter, so ist an sich nichts gegen seine Aufnahme in die Regierung im Weg. Sozialdemokratie, Demokratie und Zentrum würden eine breite Grundlage für eine Regierung darstellen, hinter der eine ebenso breite Volksmehrheit steht. Diese hätten auch unsere Gegner zu respektieren. Die Rechte, ungemein geschwächt, ist künstlich so gut wie ausgeschaltet. Eine Diktatur der „Unabhängigen“ Fraktion läßt sich das deutsche Volk

Ein Deutscher

Von Otto Nuppius.

Reichardt sah einen Moment mit halb ratlosem Blicke um sich, er mochte seiner Brauchbarkeit nicht mit Fragen über wo und wie ein übles Zeugnis geben, und doch fehlte ihm noch jede Vorkenntnis. Im nächsten Augenblicke aber erinnerte er sich, einen Befehl in dem unteren Raume bemerkt zu haben, und nach wenig Sekunden war er schon an der ungewohnten Arbeit. Ehe er diese indessen in den äußeren Räumen fortsetzte, begann er mit dem von dem Buchhalter gebrauchten Plauenwedel eine Reinigung der Pulste, ließ die Papiere in den Büchern sorgfältig zusammen und hatte die Benugtung, das Gesicht des Alten, das seinen Verrichtungen scharf gefolgt war, zu allerhand sonderbaren Mienen sich verziehen zu sehen. „Ist hier noch etwas für mich zu tun?“ fragte er, nach rascher Beendigung der Arbeit.

„Kann noch nichts sagen — weiß überhaupt nicht, ob Sie angenommen werden“, erwiderte der Buchhalter, sich nach seinem Pulste wenden, „müssen warten bis Mr. Johnson kommt, — können sich dort auf den Stuhl setzen.“

Eine halbe Stunde mochte lautlos vergangen sein, als sich die Tür geräuschvoll öffnete und ein junger Mensch, eine Overtmelodie pfeifend, hereintrat. Er ließ nur einen flüchtigen Blick über den Wartenden streifen und warf sich dann, ohne den Hut vom Kopfe zu nehmen, auf einen der Pulstessel. Sein Augenblick schien er die hier neu geschaffene Ordnung zu mustern, dann aber begann er mit den Fingern trommelnd die wieder aufgenommene Melodie zu begleiten.

Der Buchhalter, das Gesicht finster verzogen, sah langsam auf. „Wenn Sie nicht arbeiten, Sir“, sagte er, „so sollen Sie wenigstens Mühsicht auf andere nehmen, die es tun.“

Der Angeredete unterbrach seine Unterhaltung. „Soll geschähen, Sir“, erwiderte er mit einem Ausdrücke gutmütiger Laune.

„Und Ihre Briefe werden Sie wohl beantworten — die westliche Post schließt um zwölf Uhr!“ brummte der Alte.

„Galloh, die Briefe, richtig — wird alles zu gehöriger Zeit getan sein!“ rief der junge Mann, seinen Hut vom Kopfe reisend.

Jedenfalls war der Neueingetretene einer der Söhne, von denen Reichardt gesprochen, und wenn auch Reichardt über die leichte Weise, in der jener seinen Geschäften vorzustehen schien, innerlich den Kopf schüttelte, so fühlte er sich doch auch zu dem ganzen Wesen des jungen Menschen, in dem sich noch die ganze Harmlosigkeit der Jugend mit einer glücklichen Laune gepaart ansprach, lebhaft hingezogen. Wenn sich in der übrigen Familie ähnliche Charaktere zeigten, so wußte Reichardt, daß er sich trotz seiner augenblicklichen niederen Stellung zufriedener fühlen würde, als er erwartete.

Eine neue halbe Stunde mochte verfließen sein, als sich rasche Tritte auf der Treppe hören ließen. Ein zweiter junger Mann, in der ganzen Eleganz der besseren Gesellschaftsstände, trat mit gehobenen Kopfe, die Zigarre im Munde und die Reitpistole in der Hand, ein, und die Familiendehnlichkeit verriet dem wartenden Reichardt sofort, daß er wieder einen der Johnson's vor sich hatte.

„Sie werden erledigen, was etwa eingelaufen sollte,

Mr. Glad“, sagte der Eingetretene nach einem kurzen Morgengruße, „ich habe eine Verpflichtung, die mich bis Nachmittag aus der Stadt hält — hoffentlich wird es hier nichts von besonderer Wichtigkeit geben!“

Der Buchhalter hustete ohne aufzusehen.

„Ich werde nur einen kurzen Ritt nach Frost's hinauf machen und dann wieder hier sein. Ist noch etwas, Mr. Glad?“ fragte der Elegante.

Der Genannte wandte sich jetzt langsam um. „Hier ist ein junger Mensch, der als Portier bestellt worden ist — weiß nicht von wem“, sagte er, die buschigen Augenbrauen zusammenziehend, „wieder ein Deutscher und scheint mir schon mehr Beschaid in Vorklagen zu wissen, als ich bei solchen Leuten gern habe!“

William Johnson wandte rasch den Kopf nach dem sich erhebenden Reichardt, und die Augen der beiden jungen Männer, die kaum zwei Jahre im Alter voneinander sein konnten, trafen sich und blieben zwei Sekunden wie unwillkürlich in einander hängen; dann über überließ der Blick des Ersteren die ganze Erscheinung des Beverber's. Reichardt hatte wohl seinen besten Anzug ausgewählt, aber der Sitz der Kleider, die Feinheit seiner Wäsche, das volle, elegante Haar und seine ganze Haltung verrieten ohne weiteres seine Herkunft.

Was in der Seele des Musternden vorging, konnte Reichardt nicht erraten, aber die Mienen des Ersteren schienen, als er seine Befichtigung vollendet und die ersten Fragen an ihn richtete, einen Ausdruck von Hochachtung an, der diesem bis ins Herz weh tat. „Es ist schon richtig“, wandte er sich dann an den Buchhalter zurück, „Bill garantiert für den Mann, und das ist mir

man mehr gefallen. Die Republik ist gesichert, es wird demokratisch regiert werden, sozialistische Experimente in der Wirtschaftspolitik werden die bürgerlichen Parteien verhindern können. Gesundheit, fester Fortschritt auf demokratischer Grundlage wird das Zeichen der bevorstehenden Parlamentarität sein. Möge der Geist von Weimar sie begleiten, ihr zum Ruhm und dem Wohl zum Segen!

Neues vom Tage.

Der Zentralrat gegen Weimar.

Berlin, 23. Jan. Der Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte hat gegen die Einberufung der Nationalversammlung nach Weimar Einspruch erhoben und nach Besprechung des Verfassungsentwurfs des Dr. Preuss beschlossen, die Volksbeauftragten zu ersuchen, einen Entwurf auch von sozialdemokratischer Seite auszuarbeiten zu lassen.

Bayern gegen den deutschen Verfassungsentwurf.

München, 23. Jan. Die Presse lehnt den Verfassungsentwurf des Dr. Preuss für das Reich entschieden ab. Der Entwurf würde eine solche Vereinheitlichung bringen, daß die Einzelstaaten der Reichsgewalt gegenüber bedeutungslos wären. Die Selbstständigkeit im Verkehrsweisen sei eine Frage der Selbsterhaltung. Die übertriebene Zentralisierung werde auch dem Ansehens Reichs-Oesterreichs nicht förderlich sein.

Die deutschen Kriegsgefangenen als Zwangsarbeiter.

Berlin, 23. Jan. Ueber die Heimbeförderung der deutschen Kriegsgefangenen kann folgendes gemeldet werden: Im Anschluß an den Schriftwechsel kündigte der deutsche Vorgesetzte der Kommission für Kriegsgefangenen in Spaa Major Pap an, daß umgehend Vorarbeiten für die Heimbeförderung der deutschen Kriegsgefangenen getroffen würden. Die Vertreter der Obersten Weeresleitung der Alliierten lehnte das Ersuchen ab und erklärte, daß Marshall Foch nur die Weitergabe und Beförderung der deutschen Bitte um „möglichst rasche Rückbeförderung“ der deutschen Kriegsgefangenen zugesagt habe. Die Entscheidung liege noch bei den alliierten Regierungen. Die Antworten der Regierungen stehen noch aus. Und niemand wisse, wie sie ausfallen werden. Es sei durchaus möglich, daß die Entente mit der Rücksendung einzelner Kategorien der deutschen Kriegsgefangenen einverstanden sei, es sei aber auch möglich, daß die alliierten Regierungen das deutsche Ersuchen ablehnen. Von deutscher Seite wurde daraufhin vorgeschlagen, wenigstens Listen über die in Frankreich befindlichen Kriegsgefangenen aufzustellen und der deutschen Untersuchungskommission zu überreichen. Auch dies wurde französischerseits abgelehnt, mit dem Hinweis, daß bis 1. März etwa 20000 Kriegsgefangene in Nordfrankreich konzentriert sein würden, um dort alles wieder aufzubauen, was die Deutschen „demolieren“ hätten. Mit dem Transport sei bereits begonnen worden, sodas eine große Bewegung der deutschen Kriegsgefangenen eingeleitet habe. Dadurch werde die Aufstellung von Lagerstätten erschwert und die Aufgaben dieser Lagerstätten würden in kurzer Zeit nicht mehr zureichend sein.

Die Antwort der Regierung.

Hamburg, 23. Jan. Der Volksbeauftragte Cberlitz namens der Reichsregierung auf die Proteste der Hamburger Handelskammer und Reederei, sowie der Seeverbände, stehende Antwort erteilt: Auf das Telegramm gegen die Auslieferung der Handelsflotte wird erwidert, daß der Bezug von Nahrungsmitteln aus den Entente-Ländern unerlässlich ist. In dieser Zwangslage war Ablehnung der Waffenstillstandsbedingungen nicht möglich. Eine Besprechung mit den Vertretern der Reederei findet am 23. Januar statt.

Hamburg, 23. Jan. Im Seemannsbund zusammengeschlossene Seeleute sind gestern zum Rathaus gezogen und haben durch eine Abordnung vom Arbeiter- und Soldatenrat die Beseitigung der Seemannsordnung und Abänderung des zwischen der Organisation der Seeleute und den Reedereien geschlossenen Tarifs verlangt. Sie erklärten sich gegen die Heuerbasse (Stellenvermittler der Seeleute) und gegen den Vorherrschen der Seemannsorganisation. Nach der Zusage, daß über den Tarif und die nicht reichsgesetzlicher Regelung unterliegenden Forderungen verhandelt werden solle, zogen die Seeleute wieder ab.

Die Spartakisten.

Braunschweig, 23. Jan. Am Donnerstag vor- mittag wird allgemein die Arbeit wieder aufgenommen. In einer Versammlung teilten Mitglieder der Braunschweiger Regierung mit, die Ausständigen haben die Berliner Regierung angefordert, zurückzutreten, um einer wirklich sozialistischen Regierung Platz zu machen, andernfalls sei man entschlossen, sich von Berlin loszusagen, um mit Rheinland und Westfalen unter An- schluß vielleicht auch von Hamburg, Bremen und Leipzig eine selbständige Republik zu bilden.

Ueber, als jemand von der Strafe weg ins Haus zu nehmen — falls er genügend englisch versteht, kann er hier bleiben, und James mag ihn von dem, was er zu tun hat, unterrichten. In zwei Stunden bin ich wieder zurück.“ Damit verließ er mit zurückgeworfenem Kopfe den Raum.

Reichardt war bleich geworden; fast wollte ihm diese Behandlungsweise, gegen die er nicht geklärt gewesen war, abichtlich erscheinen. Er hörte nicht, wie der Buchhalter sich mit einem unzufriedenen Brummen wieder ab- wandte, und erst als dieser ein Stück Papier nach dem anderen in die Hände des Pultes schob und ihm mit einem lauten: „Hier schreiben Sie, was ich Ihnen sagen werde!“ eine Feder hinhielt, wurde er seinen Empfindungen ent- rissen.

Ständrecht in Hamburg.

Hamburg, 23. Jan. Gestern abend veranstal- teten die von den Spartakisten aufgereizten Arbeits- losen eine Kundgebung gegen den Großen Arbeiterrat im Rathaus und griffen darauf die Sicherheitswachen in der Hafenregion an, denen sie Automobile, Waffen und Maschinengewehre entrissen. Ein Spartakist wurde ge- tötet. In verdrängten Straßen wurde aus den Hä- fern auf die Sicherheitswachen geschossen. Der Solda- ten- und Arbeiterrat hat daher gestern abend den ver- stärkten Belagerungszustand über Hamburg verhängt. Straßen, Hoch- und Stadtbahn stellten den Verkehr ein. Alle Waffen sind bei Todesstrafe innerhalb 48 Stunden abzuliefern.

Der Ausstand.

Berlin, 23. Jan. Nach achtstündiger Beratung kam gestern abend 6 Uhr unter Mitwirkung des Berliner Gewerbegerichts eine Einigung im Elektrizitätsarbeiter- streik zustande. Die Arbeiter haben sich mit Vorkäufen einverstanden erklärt, die im allgemeinen um 20 Pf. hinter ihren Forderungen zurückbleiben. Um 9 Uhr war die Lichtnot beseitigt.

Berlin, 23. Jan. Die wirtschaftliche Lage in Deutsch- land wird hier infolge der Kohlenarbeiteransätze als so ernst angesehen, daß ein völliger Stillstand unver- meidbar sei, wenn die Verhältnisse in den Kohlenbezirken sich nicht bessern. Der „Vorwärts“ beklagt, daß auch die arbeitenden Bergleute verschwindend wenig leisten.

Danzig, 23. Jan. Der Volkswirtschaftsrat hat für heute einen allgemeinen Streik wegen Liebhede und Rosa Luxemburg angeordnet. Die Zeitungen dürfen nicht erscheinen.

Halle a. S., 23. Jan. Der Eisenbahnarbeiterstreik ist heute durch Zurückziehung der mißliebigen Beamten aus dem Dienst beendet worden.

Essen, 23. Jan. Die Zahl der Ausständigen im Ruhrrevier beträgt heute 8000.

Streik gegen Streik.

Bremen, 23. Jan. Um den andauernden Arbeits- einstellungen der radikalen Arbeiterschaft entgegenzutreten, haben sämtliche Ärzte in Bremen beschlossen, ihre Tätig- keit einzustellen, sobald durch die politischen Streiks der Verkehr und die Versorgung der Stadt mit Lebensmitteln, Wasser, Gas usw. gefährdet oder durch die radikale Re- gierung Bürger der Freiheit beraubt werden. Die Apothe- ker schloß sich den Ärzten an.

Der Krieg im Osten.

Berlin, 23. Jan. Wie die „Kreuzzeitung“ von unkorrektierter Seite hört, haben die Polen kürzlich sieben deutsche Geiseln, die sie festgenommen und einge- sperrt hatten, ohne jeden Rechtsgrund erschossen. Unter den Getöteten befindet sich der Rittergutsbesitzer v. Daza-Radliß, der im Jahre 1912 als deutscher Kandidat für den Reichstagswahlkreis Obernisk-Santer- Birnbaum aufgestellt war. Die Leichen der Erschossenen wurden von den Janitschen Polen dann noch in grau- vollen Weise verhöhnt und geschändet.

Bromberg, 23. Jan. Amtlich Steinburg wurde von einer starken polnischen Abteilung angegriffen. Unter Zurücklassung von 26 Toten, darunter der Führer, ein früherer deutscher Offiziersstellvertreter (!), wurde sie ab- gewiesen. Bei den Kämpfen bei Hopiengarten am 20. und 21. Januar wurden bei Tagesanbruch noch 76 pol- nische Tote festgestellt.

Vibau, 23. Jan. Estland und Nordlivland sind nunmehr durch das taktische Eingreifen finnischer Freiwilliger fast vollständig von den bolschewistischen Truppen gesäubert worden. Zuletzt wurden Rungerburg und Narva genommen. In Narva soll außer zahlreichem Kriegsmaterial Troski, der die Räteruppen persönlich zum Widerstand aufforderte, in die Hände der Angreifer gefallen sein. Durch das Vordringen der Esten in der Richtung auf Ball sind die nächstgelegenen Verbindungen der in der Gegend von Riga stehenden bolschewistischen Truppen gefährdet. Trotzdem ist in Estland Vibau noch ernstlich bedroht. Von den in Riga und Mitau zurück- gelassenen Vertretern des deutschen Gesandten fehlt jede Nachricht. Die Bolschewisten haben zahlreiche Per- sonen hingerichtet. In Estland befinden sich unter ihren Opfern einige Pastoren und der Führer der lettischen sozial- demokratischen Partei in Mitau, Dr. Wasmann.

Breit-Litowsk, 22. Jan. Die Presse begrüßt die ukrainische Kriegserklärung an die Bolschewiki. Die Ukraine wird sich auf die Abwehr beschränken. Ober- kommandierender ist Petljura. Täglich treffen gati- schische Truppenteile zur Verstärkung ein. Von einer Mo- bilität wird vorläufig abgesehen. Schitomir und Tscharnigow befinden sich wieder in der Hand der Re- gierungsgruppen.

Die deutschen Kabel.

Bern, 23. Jan. Der „Matin“ weist darauf hin, daß das eine der deutschen Ueberseekabel Emden—Ame- rika, das nach der Kriegserklärung von den Engländern durchschnitten worden sei, von England übernommen wurde, und verlangt dementsprechend, daß das andere Kabel im Friedensvertrage Frankreich zugesichert werde.

Heimkehr.

London, 23. Jan. (Reuter.) Seit dem 1. Ja- nuar haben 333 internierte deutsche Zivilpersonen Eng- land verlassen, um in die Heimat zurückbeordert zu werden. 1600 Personen haben London und Hull am 11. Januar verlassen, 980 weitere verließen Hull am 16. und 17. Jan., um nach Deutschland zurückzukehren.

Schweizerische Wünsche.

Bern, 23. Jan. Der „Democrate“ meldet: Die Pariser Reise Adors gilt in erster Linie der Rhein- schiff- fahrt, der Aufhebung des Gotthardvertrags und der Befestigung gewisser Schwierigkeiten an der schweizerischen Nordgrenze. Der Kanton Schaffhausen solle entsprechend dem einstimmigen Wünsche seiner Bevölkerung des Cha- racters als Enclave entschieden werden und die badischen

Grenzstriche der Kantone Basel und Schaffhausen zur Schweiz geschlagen werden. Als vierte Forderung wird Schadenersatz für die deutscherseits von der Schweiz ge- forderten hohen Kohlenpreise verlangt.

Der Vorfriede abgelehnt?

London, 23. Jan. „Morning Post“ meldet aus Paris, die Verbündeten haben den Antrag Deutschlands, einen Vorfrieden abzuschließen, abgelehnt.

Die Republik Irland.

London, 23. Jan. Wie Reuter meldet, hat der Irish-republicanische Kongress, der aus etwa 40 Mit- gliedern des Unterhauses (Sinnfeiner) besteht, im Man- sionhaus in Dublin Irland zur Republik erklärt. Graf Devalera, der noch in englischer Gefangenschaft sich befindet, wird voraussichtlich zum Präsidenten gewählt werden. Graf Blunkett, Devalera und Griffith wurden zu Abgeordneten für die Friedenskonferenz ernannt. Von England verlangt man die Zurückziehung seiner Truppen aus Irland. (Die New Yorker „World“ meldet, England wolle Irland zu einem Kronland erklären, d. h. zu einem Land, das erblich mit dem Königtum Großbritannien verbunden sein soll.)

Aus der Wola.

Berlin, 23. Jan. Das französische Oberkommando hat im Betrieb der Eisenbahn des besetzten deutschen Ge- bietes vom 20. Januar ab die Einführung des 10stün- digen Arbeitstags anstelle des bestehenden 8 Stundentags befohlen. Gegen diese den Waffenstillstandsbedingungen zuwiderlaufende Maßregel hat die deutsche Wola (Waffen- stillstandskommission) in Swa eine Protestnote überreicht.

Berlin, 23. Jan. Auf Anregung der Regierung wird ein Teil der Regierungstruppen, die an den mili- tärischen Maßnahmen in Berlin beteiligt waren, nach Soltau zum Schutze der Landesgrenze und Aufrecht- erhaltung der Ordnung im Kohlenrevier beordert werden.

London, 23. Jan. Reuter erfährt, daß die pol- nische Militärbehörde in Krakau auf die Nachricht, Foch habe geäußert, daß den Tschechen die Befestigung der gesamten Slowakei gestattet werden sollte, die Zurückziehung der polnischen Abteilung auf Epiz (?) und Crawa (?) be- fohlen habe.

Amerikanischer Schadenersatzanspruch.

Bern, 22. Jan. Nach einer Washingtoner Mel- dung wird der Verwahrer fremden Eigentums, Pal- mer, auf dem Kongress beantragen, das deutsche Ei- gentum im Gesamtwerte von ¼ Milliarden Dollar zur Deckung der amerikanischen Schadenersatzansprüche gegen Deutschland infolge der Beschlagnahme ameri- kanischer Eigentums zu verwenden.

Wieder einmal Herr Gerard.

New York, 22. Jan. (Havas.) In einem Vor- trag im Institut der Künste in Brooklyn sagte der frühere Botschafter der Vereinigten Staaten in Deutschland, Gerard, Deutschland müsse gezwungen werden, die Schäden, die es verursacht habe, bis zum letzten Heller zu bezahlen. Er habe keinen zulässigen Vorwand für das Einbringen in Belgien gehabt. Am 10. August 14 habe Wilhelm II. Gerard erklärt, daß man aus strategi- schen Gründen in Belgien einmarschieren müsse. Deutsch- land könne nur in den Böhmerbund aufgenommen werden, nachdem es einige Jahre Sühne geleistet habe. Der frühere Kaiser sei persönlich für den Krieg und die begangenen Grausamkeiten verantwortlich und müsse vor einen Gerichtshof gestellt werden.

Die italien. Arbeiter in Frankreich.

Paris, 23. Jan. Zwischen den zuständigen ita- lienischen und französischen Behörden wurde ein Ver- trag ausgearbeitet, der die nach Frankreich oder sei- nen Kolonien zugewanderten italienischen Arbeiter den französischen Arbeitern gleichstellen wird.

Die Fürsorge für Rußland.

Paris, 23. Jan. In einer Sitzung der an der Friedenskonferenz beteiligten Minister wurde auf An- regung Wilsons beschlossen, alle in Rußland beschei- denden Gruppen außer Finnland und Polen, einzuladen, je drei Vertreter zu einer Konferenz auf die Prince-Jules- im-Marmoramerer zu entsenden, um in freundschaftlicher Weise mit Vertretern der Verbündeten und deren Ange- hörigen über die Wünsche der Russen zu beraten und eine alle Teile betreffende Lösung der Streitfragen zum Wohle Rußlands herbeizuführen.

Portugal Monarchie.

Luz, 23. Jan. (Havas.) Die Stadt Valencio do Dinho hat sich gestern früh den Monarchisten ergeben. In Porto trafen 1500 Mann Truppen und Reiter- terei ein, unter denen sich auch zahlreiche bewaffnete Bürger befanden. Der Zug rühte unter den Klängen des Königsmarsches ein. Vor der Kaserne wurde die Ausrufung der Monarchie verlesen. Auf dem Balast des Königs wurde die blau-weiße Flagge gehißt. Die repu- blikanische Flagge wurde öffentlich verbrannt.

Griechische Gebietsansprüche.

Paris, 23. Jan. Die griechische Regierung ließ auf der Friedenskonferenz eine Denkschrift überreichen, worin Nord-Epirus, Thracien, Konstantinopel, die In- seln des östlichen Mittelmeeres und Teile von Klei- asien verlangt werden.

Baden.

(.) **Karlsruhe, 22. Jan.** Vor den Wahlen zur deutschen Nationalversammlung war auch in Baden von einer Verbindung der Listen unter den bürgerlichen Par- teien die Rede. Der „Bad. Beobachter“ schreibt nun, wenn man sich die Frage stelle, wie das Wahlergebnat aussehen würde, wenn etwa die Verbindung der Listen der nid- erdemokratischen Parteien erfolgt wäre, so lautet die Antwort: Es wäre genau so ausgefallen, wie jetzt ohne Verbindung der Listen. Die Stimmenzahlen ergeben bei der Verteilung keine derartigen Reste, daß aus den Rest- zahlen noch Mandate herauszuzählen wären, vielmehr ergibt sich die Verteilung der Sitze auf die einzelnen Parteien ohne weiteres.

(*) **Durlach**, 22. Jan. Der „Volksfreund“ berichtet, daß kürzlich eine Dame aus Durlach, als sie mit der gefüllten Milchkanne von Hohenwetterbach kam, von dem Gendarmen aufgefordert wurde, die Milch abzugeben. Statt dieser Aufforderung nachzukommen, habe die Durlacherin die Milch, ungefähr 2½ Liter, auf die Landstraße gegossen.

(*) **Friedrichstal** b. Karlsruhe, 22. Jan. In einem folgenschweren Zusammenstoß kam es hier zwischen Wilderern und den Ortsbehörden. Als man 8 Personen wegen umfangreicher Wilddiebereien (bei Hausdurchsuchungen fand man etwa acht Zentner Hirschfleisch) mit dem Lokalzug nach Karlsruhe bringen wollte, wurden die Verhafteten vom Dorf aus beschossen und zweien der Wilddieber gelang es, zu entkommen. Am andern Tag erschienen sie aber mit Militärgewehren bewaffnet auf dem Rathaus und drohten dem Bürgermeister, dem Ratsschreiber und dem Polizeidiener, sie würden erschossen. Es kam zu einem Handgemenge, wobei einer der Wilderer erschossen wurde.

(*) **Heidelberg**, 22. Jan. In einer der letzten Nächte wurden von Soldaten, die in den Fabrikräumen der Firma Liebhold einquartiert waren, in den Geschäftsräumen der Firma eingebrochen und ungefähr 10 000 Zigarren gestohlen.

(*) **Friedrichsfeld** b. Mannheim, 22. Jan. Wie der „Schw. Ztg.“ berichtet wird, ist hier wiederum die Frage des Anschlusses der Gemeinde Friedrichsfeld an die Stadt Mannheim in Fluß gekommen. Sollte sich die Eingemeindung nach Mannheim nicht durchführen lassen, so will Friedrichsfeld zum mindesten eine Grenzverbesserung fordern, da es durch seine jetzigen Grenzen außerordentlich stark eingegrenzt und in jeder Fortentwicklung behindert ist.

(*) **Hinterzarten**, 22. Jan. Gäste, die in einem hiesigen Hotel übernachtet hatten, verschwanden unter Mitnahme sämtlicher Bettwäsche, Fenstervorhänge usw.

(*) **Keßl.**, 22. Jan. Das badische Ministerium des Kultus und Unterrichts hat dem Gemeinderat Keßl auf seinen Antrag hin die Genehmigung zur Errichtung und zum Betrieb einer den Lehrplan der drei oberen Klassen einer Oberrealschule umfassenden Lehranstalt mit wahrhaftem Unterricht in Latein für Knaben und Mädchen erteilt.

(*) **Vom Bodensee**, 22. Jan. (Geldschmuggel.) Vorgestern Abend wurde eine in Kreuzlingen wohnende Dame am Kreuzlinger Zoll dabei ertappt, als sie 75 000 Mk. in Papiergeld über die Grenze nehmen wollte. Durch die Erhebungen wurde festgestellt, daß die Dame im Auftrag zweier auswärtiger Herren handelte. Bei der Hausdurchsuchung, die in dem Hotel der beiden Herren vorgenommen wurde, wurden jedem dieser Herren weitere 200 000 Franken abgenommen.

Die neue Badische Verfassung.

Der Entwurf einer neuen badischen Verfassung liegt im Druck vor. Der Entwurf ist aufgebaut auf dem Einkammersystem und sieht die Wahl der Minister durch den Landtag mit Mehrheitsbeschluß vor. Dem Landtag liegt auch die Wahl des Präsidenten des Staatsministeriums und seines Stellvertreters ob. Von einer repräsentativen Spitze des Staats, einem Staatspräsidenten, ist abzusehen.

Die Zahl der Abgeordneten des Landtags ist nicht fest bestimmt: sie würde, wenn der Entwurf Gesetz würde, schwanken, indem jede Partei oder Wählergruppe auf je 10 000 der für ihren Wahlvorschlag abgegebenen Stimmen und ebenso für einen überschießenden Bruchteil von mehr als 5000 Stimmen einen Abgeordneten erhalten soll. Da auch eine Einteilung des Landes in Wahlkreise nicht vorgesehen ist, würde sich der Landtag nach den Ergebnissen der Wahl zur badischen verfassungsgebenden Nationalversammlung zusammensetzen aus: 37 Zentrumsabgeordneten, 33 Sozialdemokraten, 23 Deutschdemokraten, 7 Deutsch-Nationalen und 1 unabhängigen Sozialdemokraten, zusammen 101 Mitglieder gegenüber jetzt 107.

Der in 67 Paragraphen zusammengefaßte Verfassungsentwurf gliedert sich in 7 Abschnitte.

Der 1. Abschnitt, der von der Staatsgewalt, der Staatsreform, den Staatsgrenzen und der Regierung im allgemeinen handelt, bezeichnet Baden als eine demokratische Republik, die als selbständiger Bundesstaat einen Bestandteil des deutschen Reichs bildet. Träger der Staatsgewalt ist das badische Volk. Stimmberechtigt sollen diejenigen badischen Staatsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts sein, welche das 20. Lebensjahr vollendet und im Lande ihren Wohnsitz haben; wählbar alle Wahlberechtigten, die das 25. Lebensjahr vollendet haben. Die badische Republik soll ihre militärischen Angelegenheiten selbständig verwalten auf Grund besonderer Vereinbarung mit dem deutschen Reich. Die Gesetzgebungsgewalt soll teils durch das Volk unmittelbar im Wege des Vorschlagsrechts (Volksinitiative) und der Volksabstimmung (Volksreferendum), teils durch die vom Volk gewählte Volksvertretung (Badischer Landtag) ausgeübt werden, die Gerichtsgewalt durch die nach dem Gesetz des deutschen Reichs und den Landesgesetzen bestellten Gerichte, die Vollziehungsgewalt durch den Landtag, der ihre Handhabung dem Staatsministerium überträgt.

Der zweite Abschnitt regelt die staatsbürgerlichen und politischen Rechte der Badener und wiederholt im wesentlichen die in den §§ 7—21 der bisherigen Verfassung enthaltenen Bestimmungen. Vorrechte des Standes, der Geburt oder der Religion werden nicht anerkannt. Unter den Bestimmungen über den Schutz des Eigentums fällt auf, daß die Abtretung zu öffentlichen Zwecken nicht wie früher an die vorgängige Entschädigung geknüpft ist, und daß darüber, ob für die Befreiung der Entschädigung im Einzelfall der Reichsweg offen zu lassen ist, die Bestimmungen des Enteignungsgesetzes maßgebend sein sollen; auch soll durch das Gesetz bestimmt werden können, ob und unter welchen Voraussetzungen Privateigentum zum Zweck der Bewirtschaftung für die Allgemeinheit dem Eigentümer ganz oder

teilweise entzogen werden kann. Wie die Pressefreiheit und das Vereinsrecht wird auch das Koalitionsrecht für jedermann anerkannt. Jede kirchliche und religiöse Gemeinschaft soll ihre Angelegenheiten frei und selbständig im Rahmen der allgemeinen Staatsgesetze ordnen und verwalten. Kirchengut und Stiftungen dürfen ihren Zwecken und ihren bisherigen Verfügungs-berechtigten nicht entzogen werden. Anwendungen an öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken sind unzulässig, soweit nicht rechtsgültige Verpflichtungen bestehen. Die Schule untersteht den Gesetzen und der Aufsicht des Staats. Kein Lehrer kann wider seinen Willen zur Erteilung des Religionsunterrichts oder zur Vornahme kirchlicher Berrichtungen, kein Schüler wider den Willen der Erziehungsberechtigten zum Besuch des Religionsunterrichts oder zur Teilnahme an kirchlichen Handlungen gezwungen werden. Alle Kinder sind zum Besuch der öffentlichen Volksschulen verpflichtet; Unterricht, Lehr- und Lernmittel sind in den öffentlichen Volksschulen unentgeltlich, ebenso in den höheren Bildungsanstalten für diejenigen Schüler und Schülerinnen, die kraft ihrer Fähigkeit zur weiteren Ausbildung geeignet erachtet werden.

Die Ausweisung von Militärpersonen aus der neutralen Zone.

Karlsruhe, 23. Jan. Ueber die Ausweisung der demobilisierten Militärpersonen aus der neutralen Zone schweben noch Verhandlungen. Vorläufig ist niemand geneigt, die neutrale Zone zu verlassen, bis eine weitere Bekanntmachung erfolgt wird, jedenfalls ist die von französischer Seite gesetzte Frist des 26. Januar schon deshalb nicht durchführbar, weil es bis dahin nicht möglich wäre, die Personellisten aufzustellen und zu prüfen.

Karlsruhe, 23. Jan. Das französische Verbot der Jagdausübung in der neutralen Zone gegen das wegen der entstehenden Wildschäden und des Ernährungsausfalls von der Waffenstillstandskommission Vorstellungen erhoben wurden, dürfte eine Milderung erfahren. Nach der Erklärung des franz. Generals Rudant ist die Frage von den deutschen Abschnittskommandanten und der entsprechenden militärischen Behörde der Verbündeten zu regeln. Demgemäß wären nach Ansicht der Waffenstillstandskommission, die das Weitere veranlassen wird, Anträge auf Jagderlaubnis an den Abschnitt 5 der neutralen Zone in Karlsruhe (Hans Thomastr. 10) zu richten.

(*) **Karlsruhe**, 23. Jan. Der Geschäftsordnungsausschuß der badischen Nationalversammlung hielt gestern vormittag seine erste Sitzung ab. Zunächst wählte der Ausschuß zu seinem Vorsitzenden den Abg. Wittmann (Zentr.), zu dessen Stellvertreter den Abg. Gock (Soz.) und zum Schriftführer Abg. Majsa (Dem.). Dem Antrag über die Herstellung der Drucksachen für die Nationalversammlung durch die Aktiengesellschaft Badenia wurde zugestimmt.

(*) **Karlsruhe**, 23. Jan. Ende 1918 befah die bad. Bahn 2417 Personenzüge. Davon fehlen jetzt 720 Züge, die z. T. in den besetzten Gebieten zurückgehalten werden; 140 Züge laufen in Lazarettzügen und 320 Züge befinden sich in den Werkstätten. Von den verbleibenden 1527 Zügen muß en 184 an die Entente abgegeben werden, sodaß nur noch 1143 Personenzüge übrig sind. Diese Züge reichen kaum für den erheblich eingeschränkten Fahrplan aus. Da eine Anzahl nicht betriebsfähig ist, werden weitere Kürzungen der Zugausrüstungen notwendig sein.

(*) **Mannheim**, 23. Jan. Nachdem schon bei den Wahlen zur bad. Nationalversammlung ein Wähler, ein Oberstarzt, vor dem Wahllokal von einem Schläganfall betroffen wurde, hat sich das gleiche Vorkommnis am letzten Sonntag ereignet. Ein 27jähriger Mäler von Baldhof wurde vor dem Wahllokal von einem Schlaganfall ereilt. Die Zahl der Arbeitslosen, die Anfang Dezember noch 1259 betrug, ist bis 10. Januar auf 1940 gestiegen.

(*) **Bruchsal**, 23. Jan. Die Bauarbeiten für die hiesige Fliegerkaserne sind auf Weisung des Kriegsministeriums vorerst eingestellt worden.

(*) **Ettlingen**, 23. Jan. Die Unteroffizierschule Ettlingen, seit 1. Dezember in Böhrnbach (Schonauwald), wird auf 1. Februar wieder hierher übersiedeln.

— **Erhöhung der Fleischration.** Vom 1. Februar an wird nach Mitteilungen des amtlichen Organs des Deutschen Fleischerverbandes die Fleischration um 100 Gramm erhöht, so daß in den Gemeinden bis zu 50 000 Einwohnern statt bisher 100 Gramm deren 200 Gramm, in denen von 50 000 und 100 000 Ei. wohnern statt 150 Gramm 250 Gr. und in den übrigen Städten 300 Gramm verausgabt werden. Die Erhöhung ist, wie das Organ des Verbandes mitteilt, die Folge der Demobilisierung und des Wegfalls der Fleischzulage an Rüstungsarbeiter. Die Zulage wird fortan nur den unter Tag arbeitenden Regenten, dem Eisenbahnpersonal und den Kranken gewährt.

— **Sozialisierung des Arztberufs.** In der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ macht ein Berliner Arzt, Dr. Kollwig, folgenden Vorschlag: Die Ärzte sollen den öffentlichen Dienst nicht gegen Honorierung der Einzelleistung oder ein Pauschal, sondern gegen festen Gehalt und Pension übernehmen. Ihre Dienstzeit umfaßt eine bestimmte Stundenzahl, entsprechend dem allgemeinen Normalarbeitsstag. Die Dienststelle wird durch den Wohnort bestimmt, Veränderungen der Dienststellen sind verboten. Die ärztliche Versorgung ist für jedermann unentgeltlich. Die Verpflegung des Krankens ist unentgeltlich. Die öffentliche Behandlung der Kranken findet in öffentlichen Sprechstellen, sonst in ihrer Wohnung oder im Krankenhaus statt. In den öffentlichen Sprechstellen leisten die Ärzte in bestimmter Reihenfolge Dienst. Bei achtstündiger Dienstzeit kommen drei Stunden auf den Dienst in der Anstalt, fünf Stunden auf Besuche usw. Die Sprechstellen leisten Tag und Nacht Dienste. Die Verteilung

auf die verschiedenen Anstalten bestimmt ein Arztberater bzw. das Medizinalamt.

— **Der Kurs der Reichsmark** am 19. Januar 1919 in Kopenhagen 47,25 Dore (Friedensfrs 88,89), Stockholm 43,50 Dore (88,89), Amsterdam 29,35 Dore (59,25), Zürich 59 Rappen (123,45).

Württemberg.

(*) **Stuttgart**, 24. Jan. (Verfassungsentwurf.) Zur Konferenz der Regierungen der deutschen Bundesstaaten, die am Samstag den Entwurf zur deutschen Reichsverfassung beraten soll, sind die Minister Henmann und Dieckhoff, sowie Universitätsprofessor v. Blume nach Berlin abgereist.

(*) **Stuttgart**, 22. Jan. (Ev. Landessynode.) In der Mittwochssitzung wurde die Erörterung über das Wahlverfahren fortgesetzt. Der Kommissionsantrag zu Art. 2 wurde in folgender Fassung angenommen: „Die Landeskirchenversammlung setzt sich zusammen aus 55 weltlichen und 26 geistlichen Abgeordneten, die in allgemeinen, unmittelbaren, geheimen und gleichen Wahlen gewählt werden, und einem Abgeordneten der evangel. theol. Fakultät. Auf den Kirchenbezirk Stuttgart-Stadt fallen 4 weltliche und 2 geistliche Abgeordnete, auf die Bezirke Cannstatt, Heilbronn, Ludwigsburg je 2 weltliche und 1 geistlicher, auf die übrigen 45 Kirchenbezirke je 1 weltlicher und außerdem 21 geistliche Abgeordnete. Bei Art. 3 und 4. Wahlfähigkeit und Wahlbarkeit, hatte sich der Ausschuß in Anbetracht der wertvollen Leistungen der Frau auf dem Gebiet der kirchlichen Armen- und Krankenpflege und im Blick auf die politische Wahl für die Wahlfähigkeit und Wahlbarkeit der Frauen zu der Landeskirchenversammlung ausgesprochen. Demgegenüber beantragten die Abgeordneten Böder und D. von Bömer, das passive Wahlrecht auf die männlichen Kirchglieder zu beschränken. Die Aufgabe der Frau liege viel mehr auf der örtlichen Stufe in der Fürsorgetätigkeit, die im Anschluß an die kirchliche Gemeinde geübt werde, als in gesetzgeberischer Tätigkeit.“

(*) **Stuttgart**, 22. Jan. (Aus dem Parteileben.) Die für die verfassungsgebende württ. Landesversammlung gewählten Abgeordneten der Württ. Bürgerpartei, des Bauernbunds und des Weingärtnerbunds vereinigten sich zu einer Fraktion der Bürgerpartei und des Bauernbunds. Als Vorsitzender der Fraktion wurde Oberamtmanu Bogalle, als 1. Stellvertreter Deonomiarat Vogt, als 2. Stellvertreter Regierungsrat Ströbel und als Schriftführer Fabrikant Winter gewählt.

Die Zentrumsfraktion wählte in ihren Vorstand die Abgeordneten Gröber, Kiene und Walter, Stellvertreter sind die Abgeordneten Sommer, Locher, Graf und Freisrau v. Soden, Schriftführer Weber. Als zweiter Vizepräsident der Landesversammlung wird Abg. Landgerichtsrat Walter vorgeschlagen.

Der frühere Präsident der Grünen Kammer, Fürst Hohentlohe-Bartenstein hat den Ständischen Ausschuß einberufen, um seine Auflösung zu beschließen.

(*) **Stuttgart**, 22. Jan. (Schutz unserer Zivil- und Kriegsgefangenen.) Der Volksbund zum Schutz der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen hat hier eine Ortsgruppe gegründet. In zwei Versammlungen im Stadtgarten wurde folgende, der Waffenstillstandskommission, dem Auswärtigen Amt und anderen Stellen übermittelte Entschloßung angenommen: Zwei in Stuttgart tagende Versammlungen von weit über 2 00 Angehörigen deutscher Kriegs- und Zivilgefangener fordern mit Entschiedenheit die sofortige Freisetzung aller Kriegs- und Zivilgefangener. Mit Entschloßung bewahren sie sich gegen jede weitere Zurückhaltung und gegen unwürdige Behandlung der Geangenen, überzeugt, daß die ganze zivilisierte Welt sich diesem Protest anschließen wird. Die weitere Zurückhaltung der deutschen Geangenen kann nur neuen, unauflösblichen Hoffen, erwidert den großen Gedanken eines völkerverständlichen Weltfriedens in seinem Keime und macht ihn für alle Zeiten zunichte.

(*) **Stuttgart**, 22. Jan. (Das Aufhören der Kundenliste.) Vom 1. März ab wird voran sichtlich das System der Kundenliste aufgegeben und durch das Bestellverfahren ersetzt werden.

(*) **Stuttgart**, 23. Jan. (Flugplatz.) Der zu einem Drittel auf hiesiger Markung gelegene Flugplatz der Fliegertruppe Böblingen wurde der Stadtgemeinde zur Pacht angeboten. Die vorhandenen Gebäude sollen zu Wohnungen eingerichtet werden.

(*) **Vietigheim**, 22. Jan. (Die leidige Schiefererei.) In den letzten vier Wochen wurden im hiesigen Krankenhaus fünf Personen mit schweren Schussverletzungen durch Handfeuerwaffen, Sänder usw. eingeliefert. Sie waren aus Vietigheim, Neckarweilheim, Böblingen, Untermerzbach und Großschafheim. Daraus geht hervor, daß immer noch sehr viel Heeresgut in den Händen Unbefugter ist.

(*) **Von der Jagd**, 23. Jan. (Getreidelagerhaus.) In Dieringen a. d. J. wurde die Einrichtung eines Getreidelagerhauses in größerem Stil von der Getreideverlausgenossenschaft beschlossen. Die Gemeinde bewirbt 3000 Mk. zum Bauverleiherwerb.

(*) **Gmünd**, 22. Jan. (Militärisches.) Die „Renszeitung“ vernimmt, wird das hiesige 2. Bataillon Inf.-Regt. 180 ab 1. Februar in ein Gebirgs-Bataillon umgewandelt. Die zurzeit noch in Jony und Dittlich liegenden Formationen werden in das hiesige Bataillon eingewiesen werden.

(*) **Stuttgart**, 23. Jan. (Pferdieb.) Ein ehemaliger Soldat stellte ein Pferd ein und wollte es einem Landwirt um 800 Mk. verkaufen. Als er aber merkte, daß man ihm auf der Spur ist, verschwand der Verkäufer und ließ das Pferd stehen.

(*) **Mödingen**, 23. Jan. (Dieb.) In der Osterdinger Sägmühle wurde in vergangener Nacht ein fettes Schwein im Stall abgestochen und gestohlen.

(*) **Burladingen**, Hohenz., 23. Jan. (Mohheit.) Weil sie mit dem Ausfall der Wahlen nicht zufrieden

waren, überließen einige Bäcker den Bäcker und Vikar auf der Straße mit Steinschleudern, glücklicherweise ohne zu treffen. Darauf warteten sie am Pfarrhaus die Kisten ein.

Sigmaringen, 23. Jan. (Wahlenthaltung.) Die Zentrumspartei, die Deutsche demokratische Partei, die sozialdemokratische Partei und die Bürgerpartei fordern ihre Wähler auf, am 26. Januar zur vorläufigen Landesversammlung nicht zu wählen, da den Parteien keinerlei Gelegenheit geboten war, bei der Aufstellung der jetzt bekanntgegebenen Wahl mitzuwirken.

(1) Stuttgart, 23. Jan. (Strafkammer.) Der 24 Jahre alte Christian Lang von Zell, 24 Ehlingen, verurteilte in der Nacht zum 3. Januar in dem Kleidergeschäft von Bamberg 1 Uhr in der Poststraße hier mit 6 Genossen einen Einbruch, wobei sie Kleider im Wert von 9780 Mk. erbeuteten, von denen allerdings ein Teil wieder beigebracht wurde. Die übrigen Diebe konnten bis jetzt nicht ermittelt werden. Lang wurde zu 1 Jahr 10 Monaten Gefängnis bestraft. — Die 25jährige Fabrikarbeiterin Marie Hähl von hier ließ in ihrer Schlafstube zwei Beuten atm. im Wert von 1670 Mk. und verkaufte die Beutelhände. Sie erhielt 10 Monate Gefängnis. — Aus Grund der Krankheit mußte der 53 Jahre alte Nachwächler Johannes Wendert in Ludwigsburg freigesprochen werden, der von Deutschland aus einem Güterwagen einen Sack Haber, Kaffee, Tee, Zwieback u. a. entwendet hatte. — Ein verurteilter Hotelinhaber, der hier verschiedene Proben seiner vorzüglichen Kunst abgelegt hatte, stand in der Person des 22-jährigen Mechanikers Robert Salzer aus Baden vor dem Gericht. Unter Einrechnung einer zweijährigen Zuchthausstrafe, die er gegenwärtig in Karlsruhe zu verbüßen hat, wurde er zu 3 Jahren 6 Monaten Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Neuregelung der Arbeitszeit. Nach einer neuen Verordnung des Arbeitsministeriums wegen Kohlenersparnis darf in Gewerbebetrieben, die aus Kohle erzeugte motorische Kraft oder Kohle zur Heizung verwenden, bis auf weiteres von 8 Uhr vormittags bis halb 6 Uhr nachmittags gearbeitet werden, wobei jedoch in der Betriebswoche nicht mehr Kohle als bisher verbraucht werden darf. Davon ausgenommen sind die Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke, das Verkehrs- und Handwerksvergießen. Der Betrieb von Ladengeschäften, Bureaus, Kanzleien, Schulen und die Beschäftigung des dabei verwandten Personals ist von 8 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags gestattet. Die Straßenbeleuchtung ist spätestens um 11 Uhr abends einzustellen.

Die Erhöhung der Eisenbahntarife wird nun am 1. April ds. Js. in Kraft treten. Die Tarifserhöhung soll für den Güter- und Viehverkehr einen Zuschlag von 60 Prozent zu dem jetzigen schon erhöhten Tarif bringen. Bei dem Personenverkehr sollen zu den jetzigen Fahrpreisen folgende Zuschläge vorgenommen werden: für die 1. Klasse 25 Prozent, für die 3. Klasse 10 Prozent, für die 2. Klasse 10 Prozent und für die 1. Klasse 100 Prozent. Die bisherigen Zuschläge für Schnellzüge sollen neu geregelt werden. Ferner ist die Einführung des Zweiklassenfahrens in Aussicht genommen.

Abgabe von Militärjahrkarten. Die Generaldirektion der Militärjahrkarten der Eisenbahn werden häufig Militärjahrkarten von Personen verlangt, die bereits aus dem Militärdienst entlassen sind, aber noch Uniform tragen. Auch Militärpersonen, die eine Bescheinigung der militärischen Stelle über die Berechtigung zur Lösung einer Militärjahrkarte nicht vorzeigen können, verlangen vielfach nach dem Militärjahr ein Ansuchen auf Abfertigung zum Militärjahrpreis nicht besteht, sind die Militärjahrkarten angewiesen worden, Militärjahrkarten nur gegen Vorlegung des Umlaufscheins oder eines sonstigen Berechtigungsscheins abzugeben. Der Militärjahrpreis und die Uniform gelten nicht als Ausweise.

Zur Sozialisierung des Handels. Die Möglichkeiten, den Handel zu sozialisieren untersucht Paul Bröcker in dem Jahrbuch der Deutschen Handelskammern, der Monatschrift des Deutschen Nationalen Handlungsgewerkschaftsverbandes. Er kommt auf Grund wissenschaftlicher Untersuchungen dazu, jede Sozialisierungsmöglichkeit für den Handel zu befreien. Warenverteilung, wie sie der Zukunftsstaat bringen würde, ist nicht Handel. Sie kann niemals das Kulturanthel ausfüllen, das der Handel immer hat. Kaufleute und Handlungsgewerkschaften werden durch den Sozialismus befreit, allen beschuldigten Anreden sozialistischer Werber zum Trotz.

Versorgung der Arbeiter mit Leder. Für Lederschuhwerk ist sparsamer Verbrauch und geordnete Verteilung immer noch geboten. Jeder Berufsarbeiter wende sich wegen Berufsschuhwerk ausschließlich an seinen Betriebsunternehmer oder an seine Dienststelle. Eisenbahn, Post, Bergwerke, Forst- und Landwirtschaft werden

mindestens Sonderzuführung versorgt. **Wasserkraft mit Wasser** dürfen nur für Arbeiter angefordert werden, die unbedingt zur Ausübung ihres Berufs solches Schuhwerk benötigen; das sind: a) Feuerarbeiter, Gießereiarbeiter und Arbeiter, die mit Säure, in Gruben, sowie mit dem Einschlag und der Arbeit von Holz zu tun haben; b) Arbeiter, die zur Arbeitstätte mehr als 6 Kilometer zu Fuß täglich zurücklegen müssen. Alle übrigen Arbeiter müssen mit Schuhen aus Erzeugnissen (Segeltuch oder Papierstoff) und Holzsohlen ankommen. Bezugsberechtigt sind für Leder: 1. Industriebetriebe, 2. Steinbetriebe, 3. Sägewerksbetriebe, 4. Rangierer.

50 000 Todefälle sind nach den neuesten Untersuchungen auf die Ernährungsschwierigkeiten in Deutschland, besonders in der Zeit vom Herbst 1916 bis Ende 1918 zurückzuführen. Betroffen wurden vor allem schwache Frauen, alte Leute und Kinder.

Ein Werktag. Die Branerlein in Ulm a. D. hatten den Bierpreis von 25 auf 30 Mark für das Hehlolter erhöht. Das verursachte unter den Bierern der alten Reichsstadt eine gewaltige Aufregung und sie beschloßen in einer Versammlung, die Ulmer Behörden zur Rechenhaftigkeit zu ziehen. In geschlossenen Reihen zogen sie vor das Oberamt; der Oberamtmann wollte nur mit einer Abordnung verhandeln, aber alle drängten mit Macht in das Amtszimmer, das reich von Menschen überfüllt war. Dem Amtsvorstand wurde zu verstehen gegeben, daß die Bierpreise unter allen Umständen vorher geklärt werden wollen, die Anordnungen getroffen werden, die das Biergewerbe berühren. Alsdann bewegte sich der Zug zum Rathaus. Der Vorstand des Polizeiamts verhinderte das beabsichtigte Eindringen in den Sitzungssaal und verhandelte mit den Leuten. Den bürgerlichen Kollegen wurde das Mitgehen ausgesprochen, da sie seit einigen Jahren den Bierern Schwierigkeiten machen; wenn das nicht anders werde, so wollen die Bierer einmal die Herren Stadträte im Sitzungssaal besuchen. Auf Befragen erklärte der Polizeiamtsvorstand, daß bei dem Bieraufschlag durch die Branerlein keine Verhandlungen der Kollegen geführt werden sollen. Der Woch, der der Bierer protestierte dagegen, daß der Gemeinderat zwar den Bierern vorschreibe, nicht aber den Branerlein. Die Bierer erreichten doch, daß ihnen vom Rathaus und Oberamt entgegenkommende Zusagen ihrer Beschwerden gemacht wurden.

Protest gegen die Errichtung der Kölner Universität. Der Rektor und Senat und der Lehrkörper der Universität Bonn hat gegen die Gründung der Kölner Universität Protest eingelegt und eine entsprechende Eingabe an die Regierung in Berlin gerichtet.

Reizgeminat in der Schweiz. Wie der „Beet Lokalan“ aus Bern meldet, hat sich der sogenannte „Munkionsklub“ Bloch in La Chaux-de-Fonds (Neuenburg) vor dem Bundesgericht in Lausanne gegen Beamtenbestechung zu verantworten. Er ist beschuldigt, der Eidgenossenschaft 11 Millionen Franken hinterzogen und den eidgenössischen Steuerbeamten Sunob durch Geschenke bestochen zu haben. Bloch lieferte Munition für Frankreich. Sein Vermögen betrug im Jahre 1915 17 Millionen Franken, 1918 19,759,000 Franken und 1917 14,056,000 Franken. Er stand mit der Firma Schneider u. Cremona in Paris in Geschäftsverbindung.

Nationalfeierstag. Das Südd. Volk. B. macht den Vorschlag, den 6. Februar, den mutmaßlichen Tag der Eiderung der Nationalversammlung, zum deutschen Nationalfeiertag zu erklären.

Flugpropaganda. Die Deutsche demokratische Partei hat wie man aus Berlin meldet, in Berlin, ganz Norddeutschland und Schlesien eine große Flugpropaganda veranstaltet. In Hunderten von Exemplaren wurden Flugblätter der Partei am 17. Januar aus den Flugzeugen geworfen.

Entwaffnung einer Kompanie durch unbewaffnete Polen. Infolge Verletzung des Kültner Lagerbattalions sollte die Stadt Berezan (Westpreußen) durch eine Garnison durch ein Infanteriebattalion erhalten. Nach dem Einrücken einer Kompanie des Battalions wurde vom Arbeiter- und Soldatenrat eine Versammlung einberufen. Diese Versammlung war größtenteils von polnischer Bevölkerung besetzt, die heftig gegen die Besetzung mit Militär protestierte, mit dem Ersolge, daß das Militär nach Polderec ins Quartier kam. Kurz nach der Besetzung begann sich ein kleiner Teil der in der Versammlung anwesenden polnischen Bevölkerung in das Crüllenthor, wo die Kompanie untergebracht worden war, und es geschah, wie der „Gesellschaftsbericht“, das Un glaubliche, daß eine bewaffnete Kompanie sich von weichen unbewaffneten Leuten entwaffnen ließ. Sämtliche Gewehre und die beiden Maschinengewehre wurden abgenommen. Die Gewehre sind dann später wieder zurückgegeben worden, immerhin fehlt noch eine beträchtliche Anzahl.

Eroloston. Nach Witterneldungen ist in Oüatre (Belgien) ein deutsches Munitionslager in die Luft geflogen. Die Ursache ist nicht bekannt. Der Telefon- und Telegraphenverkehr zwischen Gent und Brüssel ist dadurch unterbrochen.

Falkmünzer. Die Kriminalpolizei in Barmen überraschte eine Falkmünzermerkant in vollem Betrieb. Bläser wurden vier Männer, darunter ein Lithograph und Streckdrucker sowie die Frau des letzteren in dieser Angelegenheit verhaftet. Man besetzte sich mit der Anfertigung von 50-Mark-Gutscheinen der Städte des Kohlenreviers Bochum, Essen, Gelsenkirchen usw. Für über 40 000 Mark dieser sehr gut ausgeführten Falschgutscheine wurden beschlagnahmt.

Große Kälte in Sicht. Aus den Vereinigten Staaten von Amerika wird eine starke Kälte angekündigt, die über dem jungen Lande mit Ausnahme von New York und der Ostküste lagert. Man verzeichnet Temperaturen von 20 bis 30 Grad Celsius unter Null. In vielen Teilen der Vereinigten Staaten gab es große Schneestürme. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Kälte über den Ozean zu uns herüberkommt.

Die gekränkten Neger. Die Neger sind bitterböse. Man hat sie viel gekränkt. Sie wollen überhaupt nichts mehr von ihrem Negerdasein wissen, wollen keine Neger d. h. Schwarze mehr sein und ganz andere, neue Namen bekommen. Aber nicht etwa der Umstand, daß sie sich bei ihrem britischen Schutzherrn keiner allzu großen Beliebtheit erfreuen, hat sie außer Rand und Band gebracht, es wurde ihnen etwas viel Schreieres angetan. Wie nämlich der „Courriere Colonial“ meldet, protestieren alle Neger gegen das Wort „Negro“, weil man es nie mit einem großen Anfangsbuchstaben, sondern immer nur mit einem kleinen „n“ schreibt. Die Neger verlangen das große „N“. Ueberdies wollen sie von dem Ausdruck „Niggers“ am liebsten nichts mehr wissen, die afrikanischen Neger wünschen einfach „Afrikaner“, der in Amerika lebenden Neger „Afro-Amerikaner“ genannt zu werden.

Offiziere und Landwirtschaft. Ein früherer Marine-Offizier regt in den N. N. an, daß Offiziere sich genossenschaftlich zusammenschließen, um sich in der Landwirtschaft betätigen zu belätigen. Durch die zu erwartende Aufkündigung des Grundbesitzes werde ein Teil des deutschen Bodens für fliehende Knechtler frei und genossenschaftlich vereinigten Gruppen von 10 bis 20 arbeitsfähigen Offizieren, unter denen einige landwirtschaftlich geschult sein müßten, werde sich dadurch eine Möglichkeit zur Gründung einer gesicherten Existenz bieten. Die Mittel zur Beschaffung der Siedelungen wären durch kapitalistische Umwälzung der Pensionenansprüche wie bei den Kriegsbeschädigten aufzubringen, wofür der Offizierbund zu wirken hätte. Die Kapitalabfindung könnte der Staat durch die Ausgabe von Pfandbriefen, deren Verzinsung durch die Eintragung auf den bestellten Grundflächen zu sichern wäre, gefahrlos bewerkstelligen.

Ein ganzes Bataillon verschwindet. Nach Mitteilung des Kriegsministeriums sind die Armierungskompanie 5.87 und das Landsturmbattalion Oberlathen (XVIII.3) nicht mehr auffindbar. Alle Nachforschungen nach ihnen, auch bei den Ersatzregimenten, sind ergebnislos verlaufen. Es muß daher angenommen werden, daß diese Formationen sich eigenmächtig ohne Meldung an ihre vorgesetzte Dienststelle aufgelöst haben. Inwieweit die Mittelungen über den Verbleib der beiden genannten Formationen werden an das Generalkommando 18. A. K. nach Bad Nauheim erbeten.

Ein polnischer Zwischenfall passierte kürzlich dem ehemaligen Volksbeauftragten, jetzigen Wanderredner, Barth aus Berlin am dem Bahnhof in Karlsruhe. Barth reiste auf einen Freifahrtschein 1. Klasse, der ihm noch in seiner Eigenschaft als Mitglied der Volkserziehung ausgestellt worden war, obgleich er wissen mußte, daß ihm natürlich mit der Niederlegung seines Amtes, auch die Befugnis, den Freifahrtschein zu benutzen, nicht mehr zustand. Die Berliner hatten ausgerechnet keine Courage, ihn dessen zu belehren, im biederem Karlsruhe aber verstand man darin keinen Spaß, nahm Barth seinen schönen Freifahrtschein ab und ließ ihn die stattliche Zahl von Eisenbahnkilometern, die er erster Güte „schwarz“ zurückgelegt hatte, nachzahlen.

Protest aus dem Saargebiet.

Aus Berichten über die Art und Handhabung der französischen Besetzung des Saargebietes und aus französischen Pressemeldungen geht die deutliche Absicht der Franzosen hervor, dieses Land Frankreich einzuverleiben. Infolge der großen Unzufriedenheiten in unserem Vaterland sind diesen Vorgängen leider nicht das Interesse entgegengebracht, das die Angelegenheit verdient. Dieses Interesse wollen wir lebendig machen und es erhalten. Wir erheben mit dem Außenminister Grafen Brockdorff-Rantzau klammenden Protest gegen die Pläne feindsüchtiger Gewalttätigkeit und Raubgier, die mit dem Wilsonschen Programm im grellsten Widerspruch steht.

Urb deutsches Land, ur deutsches Volk soll dort wehlich gemacht werden, nur weil daselbst industrielle Reichtümer beisammen liegen. Das darf nicht wahr werden!

Unsere Brüder in der alten Heimat sind durch die feindsüchtige Besetzung und ihre Begleiterscheinungen, wie Preissteigerung usw., die Hände mehr oder weniger gebunden. So ist es an uns, mit einem entschlossenen und freien Wort für sie einzutreten, um womöglich die Augen der ganzen Welt daraufhin zu lenken; denn dieses schöne deutsche Land an der Saar mit seiner Zukunft und seiner hohen Bedeutung darf bei den Friedensverhandlungen nicht als von geringer Wichtigkeit gewissermaßen unter den Tisch fallen, um sich schließlich hinter den blau-weiß-rotten Pöbel wiederzufinden, obwohl nicht ein einziger Franzose oder Lothringer dort seine Heimat hat!

Deutsche Frauen und Männer, vergeßt nicht, daß das Saarbrüder Land allzeit deutsch war, ist und bleiben will und muß!

Deutsche Volksvertreter aller Parteien, helfet mit, daß dem Saargebiet nicht Gewalt angetan wird, daß handelt, bevor es zu spät ist!

Deutsche Zeitungen, nehmet in Euren Spalten möglichst oft und auffallend diesen oder ähnlichen Proteste vor Beginn der Friedensverhandlungen auf!

So bitten und rufen Euch zu

Saarbrüder Landknecht!

Druck und Verlag der B. Hofmann'schen Buchdruckerei in Wildbad. Verantwortlich: E. Reinhardt daselbst

Einladung.

Die Stadtgemeinde ladet die heimgekehrten Krieger, der Orts Sprossenhaus und Nomenmisch auf **Sonntag, den 26. Jan. 1919** nachm. 2 Uhr zu einer Begrüßungsfeier in das Gasthaus zum Hirsch in Sprossenhaus freundlich ein. Wildbad, den 23. Januar 1919. Stadtschultheißenamt Bäger.

Bekanntmachung

Die Gaben von je 10 Mark an die Krieger für die am kommenden **Sonntag, den 25. Jan. 1919** abends 7 Uhr, in der Turnhalle stattfindenden **Begrüßungsfeier** und die Bergbahnfreikarten an diesen werden am gleichen Tage von abends 5 1/2 Uhr an am Eingang der Turnhalle gegen Bescheinigung ausgefolgt. Wildbad, den 24. Januar 1919. Stadtpflege. Die Anmeldeurnummern sind der Kontrolle wegen mitzubringen.

Gaswerk.

Gasofen ist ausverkauft und kann bis auf weiteres keiner mehr abgegeben werden.

Kaiserstühler Wein.

offen das Liter Mk. 4.50

empfehlen

Pfannkuch u. Co.

Alle Sorten

Vogelfutter, Singfütter

Papageienfütter,

Vogelfaud,

empfehlen

Drogerie Hans Grundner Nachf. Hermann Erdmann.

Kunst umsonst bei Schwerhörigkeit.

Ohrgeräusch, nerv. Ohrenschmerzen, Glanz, Anerkennungen, **Germe-Versand** Stuttgart Wächterstr. 2.

Zigarettenspitzen

Nr. 1. bis Nr. 7. **Zigarrenspitzen** 35 Pfg. bis Nr. 13. **Zigarrettenstumpfen** Nr. 2. bis Nr. 9. **Zigarrettenstumpfen** Nr. 2.50 bis Nr. 7. bei **Chr. Schmid u. Sohn** Zigarrenspezialgeschäft.

kranz Lieder Wildbad.

Heute Freitag den 24. Hauptprobe bei Schäffler zur Eisenbahn für die Begrüßungsfeier, wozu die Sänger alle erwartet der Vorstand.

Stimmbegabte Sänger, welche dem Liederkranz beizutreten wünschen, werden freundlich eingeladen.

Der Vorstand.

Zwei neue weiß lackierte **Gartenbänke**

zusammenlegbar nebst Tisch dazu, sowie einen **Petroleum Ofen**

hat zu verkaufen. Von wem sagt die Redakt. [227